

BESCHLUSSVORLAGE NR.**117-2018**

Vorgesehene Beratungsfolge	Sitzung am:	Behandlung des TOP		Abstimmung			
		öffentlich	nichtöffentlich	Anw	Ja	N	E
Haupt- und Finanzausschuss	05.09.2018	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	6	1	4	1
Stadtrat	19.09.2018	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	0	0	0	0

GEGENSTAND: Antrag der AfD-Fraktion zur perspektivischen Abschaffung der KiTa-Beiträge

Kurzdarstellung des Sachverhaltes: Am 06.08.2018 beantragte die Fraktion AfD perspektivisch die Kosten zur Finanzierung der Kindertagesstätten künftig nicht mehr auf die Eltern umzulegen (Antrag siehe Anlage).

Dieser Antrag wurde den Fraktionsvorsitzenden am 07.08.2018 zugeleitet und ist gem. den Regelungen in der Geschäftsordnung (§ 2 Abs. 2) für den Stadtrat und seiner Ausschüsse spätestens zur übernächsten Sitzung des Stadtrates auf die Tagesordnung zu setzen.

Hinweise der Verwaltung zum Antrag:

Gem. § 13 Abs. 1 KiFöG LSA 1) können für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflegestellen von den Eltern Kostenbeiträge erhoben werden.

--> Wenn die Finanzierung anderweitig möglich erscheint, kann demzufolge von Beitragserhebungen abgesehen werden.

Im Jahre 2018 werden die Betreuungskosten voraussichtlich wie folgt finanziert:

Gesamtkosten der Kinderbetreuung R-J:	3.656.000 €
Zuweisung Land/LK:	1.513.000 €
verbleiben:	2.143.000 €
davon finanziert	
aus Elternbeiträgen:	623.000 €
Anteil der Stadt:	1.520.000 €

Bei Nichterhebung von Elternbeiträgen hat die Stadt demzufolge allein die rd. 2,14 Mio. Euro zu tragen.

Derzeit arbeitet das Land an einer Neufassung des KiFöG LSA, das voraussichtlich bereits zum 01.01.2019 in Kraft treten soll. Welche finanziellen Auswirkungen diese Gesetzesänderung haben wird, ist derzeit leider nicht absehbar. Zwar sind höhere Zuweisungen des Landes an die Kommunen vorgesehen, aber auch eine Verbesserung des Personalschlüssels, der zu Personalkostensteigerungen führen kann.

**Gesetzliche
Grundlagen:**

§ 53 KVG LSA, § 2 Abs. 2 Geschäftsordnung, KiFöG LSA

Finanzielle Auswirkungen: **Nein**

Produkte / Kostenstellen

im laufenden HH-Jahr €

Folgejahr/e €

BESCHLUSS-VORSCHLAG: Der Stadtrat beschließt die perspektivische Abschaffung der Kita-Beiträge in der Stadt Raguhn-Jeßnitz gemäß dem Antrag der Fraktion AfD.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mitgliederzahl (+ Bgm.): 20

Anwesende Mitglieder: davon Mitwirkungsverbot (§ 33 KVG LSA):

Ja-Stimmen

Nein-Stimmen

Enthaltungen